

Ludwig Watzal Menschenrechte und Friede im Nahen Osten

Mit dem Friedensprozeß im Nahen Osten steht es nicht zum Besten. Schon zu oft sind „Durchbrüche“ medienwirksam gemeldet worden, die immer wieder in Sackgassen geendet haben. Daher sollten auch vom jüngsten Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls keine unmittelbar greifbaren Fortschritte erwartet werden. Seine Drei-Länder-Visite und sein Abstecher in die „autonome“ Enklave Jericho dienten eher seiner persönlichen Imagepflege als großer „europäischer Staatsmann“. Die in Aussicht gestellten Millionen für das Dammbauprojekt im Jordantal werden sich erst in Jahren materialisieren. Und ob die zugesagten 10 Mio. DM den finanziellen Bankrott der Autonomiebehörde abwenden können, darf bezweifelt werden. Ohne substantielle Zugeständnisse Israels wird es keinen wirklichen Durchbruch und Fortschritt in der Region geben.

Dabei hatte doch alles so hoffnungsvoll begonnen, als am 13. September 1993 Ministerpräsident Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat auf dem Rasen des Weißen Hauses unter der Schirmherrschaft Bill Clintons die „Prinzipienklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ unterzeichneten. Wie steinig der Weg zu einer Lösung sein wird, zeigte schon die Unterzeichnung des „Gaza-Jericho-Abkommens“ am 4. Mai 1994 in Kairo. Die Größe der teilautonomen Enklave Jericho konnte bislang nicht geregelt werden. Der Friedensprozeß verhinderte nicht, daß es seither über 200 palästinensische und 135 israelische Opfer gab. Daß das Töten ein Ende hat, ist nicht zu

erwarten. Kritischer Realismus ist also angebracht.

In diesem Beitrag soll die Frage untersucht werden, ob die abgeschlossenen Abkommen zu einem Frieden in der Region und zu einem Palästinenserstaat führen werden. Es wird davon ausgegangen, daß die Achtung der Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Palästinenser zentrale Voraussetzungen für den Frieden sind. Des weiteren sind sowohl innen- als auch außenpolitische Faktoren sowie finanzielle Unterstützung für einen dauerhaften Frieden von Bedeutung. Einen dauerhaften Frieden in der Region wird es langfristig nur geben, wenn Israel sein Besatzungsregime beendet, den Palästinensern ihr Selbstbestimmungsrecht zugesteht, die Menschenrechte achtet und einen gleichberechtigten Palästinenserstaat mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem neben sich akzeptiert. Es sind jedoch auch andere Optionen vorstellbar, die ebenfalls zu skizzieren sind. Nach der Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen Vereinbarungen ist eine Lösung des Konfliktes nur noch bilateral möglich. Die Vereinten Nationen und die europäischen Mächte wurden bewußt außen vorgehalten. Ihr Einfluß ist nicht gewünscht.

Ein Palästinenserstaat läge zwar im ureigensten nationalen Interesse Israels, daß ein solcher aber entstehen wird und lebensfähig wäre, ist mehr als unwahrscheinlich, weil ihn in der Region eigentlich keiner will, wenn er sich nicht vermeiden läßt, dann nur in einer Konföderation mit Jordanien.

Die Achtung und Respektierung der Menschenrechte ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in der Region. Leider kann von einer solchen nicht gesprochen werden. Hat sich die Lage der Menschenrechte nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern verbessert? Wie verhält sich die palästinensische Selbstverwaltungsbehörde gegenüber den Rechten der eigenen Bevölkerung?

Menschenrechte unter Besatzung und Teilautonomie

Richteten sich nach der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ alle Hoffnungen auf das Ende des Konflikts und damit auf den Frieden, so war auch eine Verbesserung der Lage der Menschenrechte erwartet worden. Eine solche ist jedoch nicht eingetreten. Die Situation hat sich dagegen für die Palästinenser noch zuspitzt, da sie es jetzt mit zwei repressiven Regimes zu tun haben. Arafat will von einem demokratischen Staatsaufbau nichts wissen, er setzt seine autokratische Herrschaftsform auch in Gaza fort. Sein wichtigstes Ziel ist der Aufbau einer starken Polizei und eines Sicherheitsapparates. Er umfaßt inzwischen acht unabhängige Geheimdienste, die sich der Kontrolle, Einschüchterung und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung gewidmet haben.

Die palästinensischen Behörden gehen mit ihren eigenen Landsleuten nicht zimperlich um. An den Folgen seines „Verhörs“ im Zentralgefängnis von Gaza-Stadt starb am 6. Juli 1994 Farid Hacham Jarbu. Am 17. Januar 1995 erlag Salman Jalaita in Jericho den Folgen seiner Behandlung durch den palästinensischen Geheimdienst. Hunderte von Kritikern der Abkommen sitzen ohne Prozeß in den Gefängnissen und werden durch den „Gerichtshof für Staatssicherheit“ verurteilt, der auf Drängen Israels eingerichtet worden ist. In diesem Gremium fungieren Geheimdienstoffiziere als „Richter“, es tagt nachts unter Ausschluß der

Öffentlichkeit und fällt drakonische Urteile, die allen rechtsstaatlichen Regeln Hohn sprechen; sie reichen von sechs Monaten bis 25 Jahren. Verteidiger sind nicht zugelassen; es gibt keinerlei schriftliche Aufzeichnungen, und die Gefangenen erfahren kurz vor Beginn von einem Prozeß. Amnesty international konnte weder mit einem dieser „Richter“ noch mit den Verurteilten sprechen. Gegen diese „Urteile“ gibt es kein Einspruchsrecht, sondern nur die „Gnade“ Arafats. Befremdlich mutet es an, daß dieses „Gericht“ vom amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, dem Sprecher des Außenministeriums sowie israelischen Ministern in den höchsten Tönen gelobt worden ist.¹

In den autonomen Gebieten herrscht Willkür, Rechtsunsicherheit und Chaos.² Die ehemalige Leiterin des „Palestine Human Rights Information Center (PHRIC)“, Jan Abu Shakrah, berichtete in einem Gespräch gegenüber dem Verfasser von Einschüchterungen und Morddrohungen. Nach Abu Shakrah gibt es eine offene Kollaboration zwischen dem israelischen Geheimdienst und den diversen Sicherheitsdiensten der Palästinenser.

Nach der Zerschlagung von PHRIC wurde Ende Februar der Leiter des „Gaza Center for Rights and Law“ (GCRL), der Rechtsanwalt Raji Sourani, von Arafats Polizei verhaftet und für einige Stunden verhört. Am 3. April wurde Sourani von seiner Leiterfunktion durch eine Intrige abgesetzt. Man warf ihm in einem Statement des GCRL einen autokratischen und selbstherrlichen Führungsstil vor. Die Wahrheit ist jedoch, daß Sourani sich sehr kritisch gegenüber Arafats Regime und dem „Staatssicherheitsgericht“ geäußert hat. Damit ist es Arafat gelungen, nach der Zerschlagung von PHRIC nun auch noch die zweite Menschenrechtsorganisation, die ihn kritisiert hatte, mundtot zu machen. Unter israelischer Besatzung wäre so etwas nicht passiert, bzw. Israel hätte nie das Büro einer Menschenrechtsorganisation geschlossen. Sollte Arafats absolute Herrschaft auf die Westbank ausgedehnt wer-

den, wofür in absehbarer Zeit nichts spricht, stünden als nächstes die Menschenrechtsorganisationen Al-Haq und Mandela Institut for Political Prisoners vor ihrer Schließung bzw. würden mit Arafat Günstlingen besetzt werden. Die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen werden eines Tages die israelische Besetzung gegenüber der eigenen palästinensischen als demokratische empfinden.

Gravierender, weil schon seit der Besetzung vor 28 Jahren andauernd, sind dagegen die Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Besatzungsregime. So gehen die Folterungen durch den Shin Bet und die Tötungen durch die „verdeckten Einheiten“ unvermindert weiter. Anfang Mai starb der vorläufig letzte Palästinenser an den Folgen von Folter. Neben diesen sehr gravierenden Eingriffen erscheinen die fortdauernden Landenteignungen, Häuserzerstörungen, Diskriminierungen beim Hausbau und im Bereich der Wirtschaft sowie anderen Bereichen, den schlechten Haftbedingungen, der Verwaltungshaft, den Kollektivstrafen wie Ausgangssperren und Abriegelungen als nicht so „gravierend“.³

Die israelischen Menschenrechtsorganisationen B'Tselem und PCATI, amnesty international, die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Haq und Middle East Watch, eine amerikanische Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Washington, haben in zahlreichen Veröffentlichungen unzählige Folterfälle minutiös dokumentiert und immer wieder mit mäßigem bis wenig Erfolg bei der israelischen Regierung und bei der UN-Menschenrechtskommission interveniert.⁴

Zur Rechtfertigung dieser Verstöße führt Israel immer wieder seine legitimen Sicherheitsinteressen sowie den Übereifer der Behörden als Begründung an. Solche Argumente kann sich eine Demokratie aber auf Dauer nicht bedienen, weil die Menschenrechtsverletzungen langfristig auch die demokratischen Strukturen des Landes erodieren lassen. Diese

Sorge wird immer wieder von israelischen Intellektuellen vorgetragen. Aber die israelische Regierung hat diesen besorgten Stimmen bisher nicht genügend Gehör geschenkt. Die Vorgänge in den autonomen Gebieten sowie die anhaltenden Rechtsverstöße von seiten des israelischen Militärs sind nicht dazu angetan, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, Mißtrauen abzubauen und den Aussöhnungsprozeß voranzubringen. Bietet der durch das „Gaza-Jericho-Abkommen“ in Gang gesetzte Aussöhnungsprozeß dazu einen Ausweg?

„Gaza-Jericho-Zuerst“ als Anfang vom Ende?

Weitsichtige israelische Intellektuelle haben zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Unterzeichnung der Abkommen als Anfang vom Ende des Prozesses bezeichnet.⁵ Die Euphorie auf beiden Seiten ist einer Ernüchterung, auf palästinensischer Seite sogar einer weitverbreiteten Frustration gewichen.⁶ Waren die Erwartungen von Anfang an zu hoch gesteckt? Tragen die Vereinbarungen überhaupt das Potential für einen dauerhaften und umfassenden Frieden in sich? Wie berechtigt ist die Kritik an diesen Abkommen?

Nach einem Jahr der Wechselbäder der Gefühle zwischen Fortschritt und Regression scheinen die Skeptiker bestätigt zu werden. Die israelische Regierung weigert sich, über die Siedlungen und den Status von Jerusalem zu verhandeln. Arafat sollte wissen, daß Israel nur zu weiteren Zugeständnissen bereit ist, wenn es ihm gelingt, den palästinensischen Terror zu bekämpfen⁷, wovon in den Abkommen nicht die Rede ist. Ende Januar beschloß die Rabin-Meretz-Regierung den weiteren Ausbau der Siedlungen. Landenteignungen im großen Umfang in Ost-Jerusalem wurden Ende Mai nur auf nationalen und internationalen Druck „zurückgestellt“. Wie konnte es dazu kommen, daß der Aussöhnungsprozeß in einer Sackgasse gelandet ist? Ist das Scheitern in den Abkommen bereits angelegt oder fehlen

den beiden Völkern einfach phantasiebegabte Führungspersönlichkeiten?

Sowohl die „Prinzipienerklärung“ als auch das „Gaza-Jericho-Abkommen“ sind in hohem Maße asymmetrisch, der stärkere Partner hat sich in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt. Es wurde mit keinem Wort erwähnt, daß es sich bei dem umstrittenen Gebiet um von Israel besetztes palästinensisches Land handelt. Israel ging es primär um seine Sicherheit, demzufolge wurde alles gemäß seinen Sicherheitsinteressen definiert. In seiner Regierungserklärung anlässlich der Parlamentsdebatte über das „Gaza-Jericho-Abkommen“ vom 11. Mai 1994 unterstrich Rabin noch einmal ausdrücklich, daß in Fragen der „äußeren Sicherheit, der Sicherheit der Israelis und der Sicherheit der israelischen Siedlungen“ keine Kompromisse gemacht worden sind; „in dieser Frage waren wir unnachgiebig: Keine Siedlung wird entwirzelt werden.“⁸

Welche Funktion Arafat in den israelischen Sicherheitsüberlegungen spielt, wurde nach dem Massaker vom 18. November 1994 in Gaza-Stadt klar, als der „Vorsitzende der PLO“ während einer Demonstration gegen die Autonomiebehörde 14 Palästinenser niederschießen ließ und über 200 verwundete. „Endlich macht Arafat das, was von ihm erwartet wird“, so Wohnungsbauminister Benyamin Ben-Eliezer. Oder ein hoher Berater von Ministerpräsident Rabin: „Arafat hat seine Sache gut gemacht, ihnen zu zeigen, wer hier das Sagen hat.“ Außenminister Shimon Peres äußerte sich am 21. November 1994 in der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ folgendermaßen: „Dies ist der Grund, warum er 9000 Polizisten und Soldaten bekommen hat. Deshalb hat er Waffen bekommen, damit er sich selbst und die Autonomiebehörde verteidigen kann, der er vorsteht.“ Unverblümter kann man Arafats Rolle nicht beschreiben. Hat nach diesen Äußerungen die Opposition nicht Recht, wenn sie Arafat vorwirft, er sei „Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Is-

rael“? Dies zeigt exakt die absurde Situation, in der sich Arafat befindet.

Die Vereinbarungen von Oslo und Kairo fußten auf der Annahme, daß erstens die Mehrheit der Palästinenser davon überzeugt werden könnte, daß diese Abkommen die Antwort auf ihre legitimen Rechte sind und sie sie deshalb akzeptieren würden sowie zweitens, daß Arafat in der Lage sein würde, die Opposition gegen die Vereinbarungen unter Kontrolle zu halten. Beide Annahmen haben sich nur bis zu einem gewissen Grad bewahrt. Arafat und seine Autonomiebehörde haben solange keine Legitimation, weitere Konzessionen gegenüber Israel zu machen, bevor sie sich nicht einer demokratischen Wahl gestellt haben. Die Möglichkeit freier Wahlen erweist sich deshalb immer mehr als einziger Ausweg aus dem augenblicklichen Dilemma. Denn je öfter Arafat Israel gegenüber nachgeben muß, desto schwächer wird seine Position. Israel hat sich aus Sicherheitsüberlegungen aber noch nicht entschließen können, seine Soldaten für den Wahltag aus den palästinensischen Bevölkerungszentren zurückzuziehen. Augenblicklich verhandelt man über eine teilweise Umgruppierung, nicht jedoch über einen Abzug, der in den Vereinbarungen nicht vorgesehen ist.

Somit wird es der Opposition leichtgemacht, gegen die „Rabin-Arafat-Übereinkommen“ zu polemisieren. Sie will es mit Hilfe aller arabischen und islamischen Staaten zu Fall bringen. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist, zeigt die Unwilligkeit der arabischen „Bruderstaaten“, für Arafat und die Palästinenser auch nur den kleinen Finger zu rühren.

Für die meisten Palästinenser war die „Prinzipienerklärung“ noch verständlich und nachvollziehbar. Sie waren des Widerstandes überdrüssig und erwarteten eine wesentliche Verbesserung ihrer Situation. Die Hoffnung war aber schon bald verflogen. Beim „Gaza-Jericho-Abkommen“ fällt es ihnen zusehends

schwerer, das Positive zu erkennen. Wer sich durch das Dokument mit seinen zahlreichen Kreuz-, Rück- und Querverweisen durchgebissen hat, versteht, warum dieses Abkommen nicht umsetzbar ist. Was in einem Absatz zugestanden wird, wird im nächsten wieder zurückgenommen. Dieses Abkommen ist alles andere als klar, es vernebelt mehr, als es erhellt. In Deutschland ist der Text so gut wie nicht bekannt, sonst würde auch hier realistischer über den weiteren Fortgang gedacht. Für die Palästinenser ist es von großem Nachteil. Für Israel dagegen ist es ein Erfolg auf der ganzen Linie, der größte seit der Gründung des Staates 1948, weil es dem Land gelungen ist, obwohl Besatzungsmacht, wie ein legitimer Partner zu erscheinen, der gleichwertige Rechte auf das Territorium hat. Die Palästinenser haben somit einseitig die israelische Besetzung anerkannt. Damit wurde der Konflikt von der internationalen auf eine bilaterale Ebene herabgestuft. Deshalb ist es jetzt nur konsequent, daß nur noch über die Modalitäten der Kooperation zwischen beiden Völkern in den betreffenden Gebieten verhandelt wird, und zwar ohne das Mitspracherecht der Vereinten Nationen.

Israel ist die unangenehmen Seiten des Gaza-Streifens losgeworden, ohne dafür einen adäquaten politischen Preis zu zahlen. Das einzige „substantielle“ Zugeständnis Israels ist der direkte Dialog mit der PLO, die jahrzehntelang als „Terrororganisation“ verteufelt worden ist. Israel ist es gelungen, auf internationaler Ebene den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei Gaza und Jericho um selbständige Gebilde. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der Terminus „autonome Gebiete“ ist ein Euphemismus, da sie weiterhin besetzt sind. Arafats Autonomieverwaltung hat nur über 50 Prozent des Gaza-Streifens eine abgeleitete Autorität, keine Siedlung wurde aufgelöst, zirka 5400 Siedler leben auf quasi exterritorialen Gebiet und unterliegen israelischer Jurisdiktion, auf dem Rest tummeln sich 850000

Palästinenser. Alle Militärverordnungen gelten weiter, und neue sind hinzugekommen. Israel hat das alleinige Sagen, was die Außenpolitik, die Wirtschaft und die Belange der nationalen Sicherheit anbelangt. Das Land kann jederzeit die Gebiete abriegeln, was nach jedem Terroranschlag berechtigterweise geschieht. Damit sitzen die Palästinenser wie eine Maus in der Falle. „In the meantime we've become at best a Bantustan and at worst an Israeli protectorate“, wie Edward Said in einem Gespräch mit Alexander Cockburn in der „Los Angeles Times“ vom 20. Oktober 1994 betonte.

Die meisten der Vereinbarungen aus der „Prinzipienerklärung“ und dem „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden bisher nicht umgesetzt. Gemäß dem Motto Rabins: „Es gibt keine heiligen Daten“, ist man nicht nur mit dem Zeitplan völlig durcheinander gekommen, sondern es wurde auch nicht der Korridor zwischen Jericho und Gaza eingerichtet, der Rückzug aus den Bevölkerungszentren der Westbank findet nicht statt, von den vorgesehenen 37 Verwaltungsgebieten wurden bisher nur fünf übertragen.

Wenn im Frühjahr 1996 die Verhandlungen über den endgültigen Status beginnen sollen, wird Arafat jeglichen politischen Druckmittels beraubt sein. Erst dann geht es um Wesentliches: die Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967 (die Flüchtlinge von 1948 spielen keine Rolle mehr; sie sind nicht erwähnt), Jerusalem, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung u.v.m. Jetzt werden die Palästinenser auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und der zählt in den internationalen Beziehungen nichts, wo es um die Durchsetzung von Interessen geht.

Die beiden Abkommen haben nichts an der Fortdauer der Okkupation geändert. Welche Autorität hat eine Behörde, die noch nicht einmal bestimmen kann, wer ein- und ausreisen darf? Diese Art der Autonomie ist nur eine neue Variante der Besetzung. Auch die südafrikanischen „Homelands“ hatten Symbole der

Autorität wie Fahne, Briefmarke, Pässe und eine starke Polizei, waren aber Marionetten-Regime. Auch das verzweifelt angestrebte Interimabkommen wird an der Besetzung und der Lage der Palästinenser nichts ändern. Die Palästinenser-Behörde ist zu einer innerisraelischen Pressuregroup wie die nationalreligiöse Shas-Partei geworden, die mit der Regierung um Zugeständnisse feilschen muß.

Ohne die massive finanzielle Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft wäre der Friedensprozeß schon lange an sein Ende gekommen. Neben den USA, der EU u.a. leistet Deutschland einen nicht unmerklichen Beitrag zum Gelingen dieses Prozesses.

Geld und Autonomie

Die größte finanzielle Unterstützung für den Autonomieprozeß kommt von der Europäischen Union. Mit 600 Mio.US-Dollar für den Zeitraum 1994-1998 übersteigt der Beitrag den der USA um 100 Mio.. Von diesem EU-Beitrag trägt Deutschland 28 Prozent. Es ist bereits heute schon abzusehen, daß der zugesagte Beitrag der EU wesentlich überschritten werden wird, da die EU schon 1994 mehr Zusagen gegeben hat, als ursprünglich vorgesehen.

Deutschland leistet seit den sechziger Jahren in Einzelfällen Hilfe für die Palästinenser in den besetzten Gebieten, aber bis zum Abschluß der „Prinzipienerklärung“ in einem eher bescheidenem Umfang. Die sofortige Präsenz Deutschlands nach der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo wirkte sich auf den Aufbau von Projekten und deren Abwicklung vorteilhaft aus. Obwohl manch anderes Land zwar eine höhere Summe zur Verfügung gestellt hatte, kämpften diese Länder doch mit erheblichen Anfangsschwierigkeiten, da sie vor Ort noch nicht vertreten waren.

Seit dem Beginn der bilateralen Zusammenarbeit bis Ende 1993 unterstützte Deutschland die Palästinenser mit 455,8 Mio. DM. Allein 1994 flossen 154,9 Mio. DM in die Region. Im einzelnen sind dies an bilateraler

technischer Zusammenarbeit im engeren Sinne 18,5 Mio. DM, bilateraler finanzieller Zusammenarbeit, die erstmalig durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) erfolgte, 20,5 Mio. DM, bilateraler technischer Zusammenarbeit im weiteren Sinne 25,9 Mio. DM, für die Zusammenarbeit mit UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten), die über das Auswärtige Amt und das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erfolgt, 13,3 Mio. DM, sowie 76,7 Mio. DM als deutscher EU-Anteil.

Bei diesen Summen handelt es sich um feste Projektmittel und Zusagen an die Palästinenser. Ob diese Beiträge dann auch tatsächlich abfließen, ist eine andere Frage. In der Regel geschieht dies nicht in voller Höhe. Bei seiner jüngsten Nahostreise Anfang Juni hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Palästinensern nochmals 10 Mio. DM Soforthilfe zugesagt. Auch wurde in Erwägung gezogen, die jährlich an Israel fließenden 140 Mio. DM Entwicklungshilfe in israelisch-jordanisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte zu investieren, was eine mutige und weitsichtige Entscheidung Helmut Kohls ist. Doch nicht alleine Geld wird für den Erfolg des Friedensprozesses sorgen, sondern zu einem großen Teil auch das unmittelbare nahöstliche Umfeld, auf das zum Abschluß eingegangen werden soll.

Frieden als Interessendurchsetzung

Welche Rolle können die Nachbarn Israels bei der Friedenslösung spielen, und welche Interessen müssen dabei berücksichtigt werden? Von ihren „Bruderstaaten“ können die Palästinenser – wenn überhaupt – nur symbolische oder rhetorische Unterstützung bekommen. Es gab unter ihnen einen rhetorischen Wettstreit um die pro-palästinensischste Haltung. Die arabischen Staaten schreckten auch vor einem Waffengang gegen die Palästinenser nicht zurück, wie die Vertreibung der PLO aus Jorda-

nien im September 1970 zeigte. Syrien bildet hier eine gewisse Ausnahme. Die Legitimation der syrischen Regierung war eng mit der Palästinenserfrage verbunden. Haifs al-Assad verstand sich immer als Sachwalter palästinensischer Interessen, deshalb hat er es Arafat auch verübelt, daß dieser mit den Geheimverhandlungen den anderen arabischen Staaten in den Rücken gefallen ist und damit den arabischen Interessen geschadet und deren Verhandlungsposition geschwächt hat. Darüber hinaus verfolgt Syrien immer radikal seine eigenen Interessen. Dies wurde durch den plötzlichen Kurswechsel von der ehemaligen Sowjetunion hin zu den USA verdeutlicht. Für Assad ist die Rückgabe der Golan-Höhen nicht nur eine Prestige-, sondern auch eine Existenzfrage. Er verlangt als Vorbedingung für einen Friedensvertrag immer den vollständigen Rückzug der Israelis, die sich aber erst vom Friedenswillen Assads überzeugen wollen, bevor sie so weitreichende Konzessionen machen. Arafat dagegen hat von Israel keinerlei Vorleistungen bekommen und alles für spätere Verhandlungen zurückgestellt. Damit hat er den Syrer „willentlich und wissentlich im Regen stehen lassen“⁹.

Wenn auf beiden Seiten der gute Wille siegt, lassen sich die Probleme der Golan-Höhen lösen, sie könnten demilitarisiert werden. Die Amerikaner könnten die israelischen Horchposten besetzen. Die Siedler müßten Entschädigung an die Syrer zahlen und mit den zurückkehrenden ehemaligen Bewohnern zusammenleben. Bei den Siedlern auf dem Golan handelt es sich um säkulare Juden, die der Arbeitspartei und Meretz nahestehen, also nicht religiös motiviert sind. Die Ländereien müßten gepachtet werden. Assad müßte sich von der rassistischen Vorstellung lösen, daß arabisches Land nicht an Juden verpachtet werden darf. Just diesen Vorwurf machte er König Hussein von Jordanien, der Land an einen Kibbutz im Jordantal verpachtete, nachdem Jordanien mit Israel den Friedensvertrag im Oktober 1994 unterzeichnete.

Wenn Assad dies alles als in seinem Interesse liegend betrachtet, ist es für ihn ein leichtes, die Attacken der Hisbollah auf die israelisch besetzte Sicherheitszone im Südlibanon zu unterbinden. Oder hat er vielleicht gar keinen Einfluß auf diese Organisation, die vom Iran finanziert und ideologisch motiviert wird? Die libanesische Regierung spielt in diesem Konflikt keine eigenständige Rolle. Syris Wort ist in dem Land Gesetz. Viel wird von den USA abhängen, ob es mit Syrien zu einer Vereinbarung kommt. Oder will Assad nur den Preis für den Golan in die Höhe treiben? Neben amerikanischen Sicherheitsgarantien könnten die USA syrischen Auslandsschulden übernehmen, wie sie dies auch mit den jordanischen getan haben. Die USA müßten dazu in der Lage sein, weil das Land erstmals seit 200 Jahren die einzig dominierende Großmacht in der Region sind. In ihrem nationalen Interesse liegt es, die Existenz Israels zu garantieren und freien Zugang zum Öl der Golfstaaten zu haben. Kein anderer Staat der internationalen Gemeinschaft zeigt in seiner Pro-Israel-Politik eine solche Kontinuität. Die Sicherheit des Staates Israel liegt im nationalen Interesse der USA.

Die arabischen Länder betrachten die amerikanische Nahostpolitik immer mehr mit Argwohn und sprechen ihr die Rolle des „ehrlichen Maklers“ ab. Dazu haben sie auch allen Grund, weil die USA mit ihrem Veto im UN-Sicherheitsrat eine moderate Verurteilung der Landenteignungen durch Israel blockiert haben. Parallel dazu versucht die amerikanische UN-Botschafterin Madeleine K. Albright, die UN-Resolutionen, die den Palästina-Konflikt betreffen, zu liquidieren, da es sich nach ihrer Ansicht seit der Unterzeichnung der Abkommen zwischen Israel und der PLO um ein bilaterales Problem handelt. Bill Clinton will auch nichts mehr von der Formel „Land für Frieden“ wissen, die sein Vorgänger in einer Rede am 6. März 1991 vor dem amerikanischen Kongreß ausgegeben hatte. Daß eine

solche Politik im alleinigen Interesse Israels liegt, scheint evident zu sein, da das Land sich gegenüber den Palästinensern in der eindeutig stärkeren Position befindet. Die USA tun alles, um Drittstaaten als potentielle Hegemonialmächte aus der Region fernzuhalten. Diese sind nur als Beitragzahler wie die EU oder Japan willkommen.

Die EU spielt in diesem Machtspiel keine wesentliche Rolle. Sie kann nur in Kooperation mit den USA Interessenpolitik betreiben. Auch die Vereinten Nationen werden außen vorgelassen. Ihnen gegenüber hat auch Israel tiefes Mißtrauen, was durchaus berechtigt ist, weil sie immer eine sehr kritische Israelpolitik betrieben hatten. Auch hat der amerikanische Senat Ende März mit 93 von 100 Stimmen für die Rückverlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem votiert. Noch die Bush-Administration war der Ansicht, Ost-Jerusalem gehöre nicht zum israelischen Staatsgebiet. Die Clinton-Administration sieht dies nicht mehr so. Sie ist einzig und allein gegen die Rückverlegung zum jetzigen Zeitpunkt, weil es die arabischen Staaten verärgern könnte und den Friedensprozeß schaden würde. Sollte es einen Friedensvertrag mit Syrien geben, kann die Botschaft nach Jerusalem verlegt werden, weil es dann bei einem bloßen verbalen Protest der arabischen Regierungen bleiben würde, ohne politische Konsequenzen.

Ein Palästinenserstaat liegt nicht im Interesse Israels. Das Land kann sich höchstens eine palästinensische-jordanische Könföderation vorstellen. Auch die PLO wäre einer solchen nicht abgeneigt. Bevor sie sich aber auf eine solche einläßt, will sie erst volle Souveränität erlangen. Souveränität kann man nur aufgeben, wenn man sie vorher auch besessen hat. Israel favorisiert auch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen sich, Jordanien und den Palästinenser, aber noch mehr mit den anderen arabischen Staaten. Auch König Hussein hat großes Interesse wieder Einfluß in

der Westbank zurückzugewinnen, obwohl er 1988 auf seine Rechte auf dieses Gebiet verzichtet hatte. Im Friedensvertrag wurde ihm die Oberaufsicht über die islamischen Stätten in Jerusalem übertragen, was eindeutig gegen die Ansprüche der PLO gerichtet war. Auch der jordanische Dinar ist wieder Zahlungsmittel in den besetzten Gebieten, und die jordanischen Banken haben dort seit kurzem geöffnet.

Ägypten spielt die Rolle des Vermittlers zwischen Israel, den USA und der PLO, nachdem sich das Land aus seiner Isolation befreien konnte, in die es durch den Friedensvertrag mit Israel im Jahre 1979 geraten war. Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak hat wesentlichen Einfluß auf Yassir Arafat ausgeübt, und diesen zu Konzessionen überredet. Vielleicht kommt es zu einem jordanisch-palästinensischen Bundesstaat der dann mit Israel einen Staatenbund eingehen könnte. Diese territoriale Föderation sollte durch eine „personale Föderation“ ergänzt werden, d.h. die Siedler können bleiben, zahlen Entschädigung, unterwerfen sich einer jordanisch-palästinensischen Autorität und erhalten doppelte Staatsbürgerschaft. Ein multikultureller Naher Osten sollte doch im Bereich des Möglichen liegen.

¹ Vgl. amnesty international

² Vgl. Ludwig Watzal: „Ignoranz vor dem Gesetz“, in: taz vom 24.9.1994

³ Einen Überblick über die ganze Palette der Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen gibt Ludwig Watzal: *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Köln-Weimar-Wien 1994

⁴ *Human Rights Watch/Middle East: Torture and Ill-Treatment. Israel's Interrogation of Palestinians from the Occupied Territories*, Washington, D.C. 1994; *amnesty international (London): Torture/Fear of Torture*. Hani Saleh Abdullah Muzher, Presseerklärung vom 12.8.1994; *B'Tselem: Torture during Interrogations: Testimony of Palestinian Detainees. Testimony of the Interrogators*, Jerusalem, November 1994

- ⁵ Vgl. *Danny Rubinsteins* Kommentar, in: *Ha'araetz* vom 30. August 1993 sowie das Gespräch des Verfassers mit der israelischen Journalistin *Roni Ben Efrat*, in: *Das Parlament* vom 12./19.11.1993
- ⁶ Vgl. zur Stimmung der Palästinenser *Helga Baumgarten*: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/95, S. 3-11
- ⁷ Dazu das aufschlußreiche Interview mit Außenminister *Shimon Peres*, in: *Der Spiegel*, Nr. 10/1995 vom 6.3.1995, S. 162-166, oder das Interview mit *Peres* in: *Die Welt* vom 14.7.1995, in dem *Peres* eindeutig sagte: „Gaza wird ein Erfolg.“ – von der Westbank ist nirgendwo die Rede.
- ⁸ Regierungserklärung des israelischen Ministerpräsidenten *Yitzhak Rabin* vor der Knesset, Mittwoch, 22. Mai 1994, in: *Das „Gaza-Jericho-Abkommen“*, hg. von der Botschaft des Staates Israel, Presse- und Informationsabteilung, Bonn 1994, S.9
- ⁹ *Michael Wolffsohn*: *Frieden jetzt? Nahost im Umbruch*, München 1994, S. 135